

Rathaus
Laufenstr. 84
52156 Monschau

Fraktionen CDU + GRÜNE • Laufenstraße 84 • 52156 Mon
Bürgermeisterin
Magga Ritter
Rathaus
52156 Monschau



Monschau, 19.08.2014

EILT

Antrag zur Sitzung des Wirtschaftsausschusses und des Rates am 02.09.2014

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

unsere Fraktionen bitten, auf die Tagesordnung der o.a. Sitzungen den Tagesordnungspunkt

Stellungnahme des Stadtrates zur Einführung einer allgemeinen PKW-Maut

aufzunehmen und den folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung zu stellen:

Der Rat der Stadt Monschau beschließt die beigefügte Stellungnahme zur Einführung einer allgemeinen PKW-Maut und beauftragt die Verwaltung, diese Stellungnahme den Bundestagsabgeordneten aus der Region zur Kenntnis zu bringen, mit der Bitte, die Bedenken des Stadtrates in die Diskussion im Bundestag einzubringen.

Mit freundlichen Grüßen


Bündnis90/Die Grünen
Werner Krickel

CDU
gez. Micha Kreitz

Stellungnahme des Stadtrates zur Einführung einer allgemeinen PKW-Maut

Der Rat der Stadt Monschau lehnt die Einführung in der vorliegenden Form des Referentenentwurfs ab:

1. Vor weniger als zwanzig Jahren begann der Abbau der Schlagbäume an den Grenzen Deutschlands. Seitdem können die Bürgerinnen und Bürger Europas ohne Hemmnisse unser Land besuchen. Die Einführung einer allgemeinen, für alle Straßen gültigen PKW-Maut würde diese Freizügigkeit künstlich einschränken.
2. Diese Einschränkungen würden Monschau als Stadt im Dreiländereck besonders treffen, müsste man doch befürchten, dass die niederländischen und belgischen Nachbarn durch eine solche Maut in Zukunft von Tagesausflügen, (Kurz-)Urlaube oder Einkäufen bei uns Abstand nehmen könnten. Auch Veranstaltungen und kulturelle Events müssten um Besucher aus den Nachbarländern bangen.
3. Darüber hinaus würden auch die guten nachbarschaftlichen Beziehungen, die vor Grenzen keinen Halt mehr machen, beeinträchtigt. Insofern wäre die Einführung einer Maut ein Rückschritt für unser in der Grenzregion tagtäglich gelebtes Europa.
4. Auch das Argument der Notwendigkeit einer ausnahmslosen Maut zur Sanierung von Straßen und Brücken durch den Bund trägt nicht, da das Steueraufkommen des Bundes immer neue Höchststände erreicht, auch ohne eine neue PKW-Maut